

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
199 · Ausgabe BL·BS · April 2022



Der Ukraine-Krieg erreicht die Region Basel – was jetzt Not tut

In den vergangenen Tagen und Wochen haben uns immer wieder Meldungen aus der Ukraine erreicht, wo Russland mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ein demokratisches Land in eine humanitäre Katastrophe gestürzt hat. Die Bilder und Berichte aus der Kriegsregion lösen bei uns starke Gefühle zwischen Wut und Ohnmacht, Verständnislosigkeit und Betroffenheit, zwischen Überforderung und dem Bedürfnis zu helfen aus.

Gleichzeitig stellt die ausserpolitische Situation die nationalen, kantonalen und kommunalen Behörden vor grosse Herausforderungen und wirft Fragen auf. Welche Massnahmen sind mit unserer Neutralität vereinbar? Wie gross darf die wirtschaftliche Abhängigkeit von einem einzelnen Staat werden? Welche Rolle spielen die fossilen Energieträger dabei? Wie können wir den tausenden Geflüchteten aus der Ukraine Zuflucht und Schutz bieten, auch bei uns in der Region?

Solidarität mit Geflüchteten

Die Aktivierung des Schutzstatus S durch den Bundesrat war ein wichtiger Entscheid. Ebenso die Entscheidung, dass die schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine sofort arbeiten dürfen. Wir müssen aber auch wachsam bleiben, wenn die Not der einen gegen die Not der an-



Bedä Baumgartner,
Grossrat Basel-Stadt



Roman Brunner, Fraktions-
präsident Baselland

deren ausgespielt und so versucht wird, eine Diskussion über «richtige» und «falsche» Geflüchtete zu entfachen. Die Rechte sollten für alle Geflüchteten gelten, unabhängig von ihrer Herkunft.

Die oft traumatisierten Menschen brauchen eine Unterkunft, die Kinder und Jugendlichen auch Zugang zur Schule. Die Kantone sollen dabei mit pragmatischen, niederschweligen und schnell umsetzbaren Massnahmen Unterstützung für die Gastfamilien von Geflüchteten bieten. Gleichzeitig braucht es unbürokratische finanzielle Unterstützung über die Sozialhilfe und die Möglichkeit, sich psychologische Unterstützung holen zu können. Insbesondere bei Letzterem sind die Kapazitäten aufgrund von Corona sowieso schon beschränkt. Hier braucht es einen Sondereffort, um eine möglichst gute Versorgung sicherzustellen.

Verantwortung wahrnehmen

In der Krisensituation sind primär die Regierungen für die Koordination der Sofortmassnahmen verantwortlich. Damit Geflüchtete oder Unterstützende den Überblick darüber gewinnen, wurde in Basel-Stadt beispielsweise die Website www.support-ukraine.bs.ch eingerichtet.

Wir Parlamentarier:innen weisen den Regierungsrat dabei auf Missstände hin, fragen nach, schauen hin. Mittelfristig geht es auch darum, die Rahmenbedingungen für alle Geflüchteten zu verbessern. So führt die Ungleichbehandlung von Geflüchteten vielleicht dazu, dass die Bevölkerung und die Politik für die Problematik sensibilisiert werden. Im Kanton Baselland gibt es Gemeinden, die vom Kanton seit Jahren darauf hingewiesen werden, dass sie zu wenig Asylplätze zur Verfügung stellen – bis jetzt ohne Folgen. Das muss sich ändern.

Die von der Kriegssituation betroffenen Menschen und deren Unterstützung müssen jetzt aber im Zentrum stehen. Wir alle sind gefordert, damit die Solidarität anhält, über diese Wochen hinaus.



Wem gehört der Boden in Basel-Stadt?

Mitte Januar 2022 konnte der Regierungsrat vermelden, dass der Kanton das Clara-Areal erwerben konnte. Das ist ein bemerkenswerter Erfolg für Finanzdirektorin Tanja Soland! Ein Areal von dieser Grösse steht selten zum Verkauf. Und wenn, dann ist ein Kauf besonders attraktiv für renditeorientierte Immobilienfirmen, die in der aktuellen Tiefzinslage insbesondere für Wohnbauten immense Summen bieten. Im Fall des Clara-Areals war dies anders. Weil es der Eigentümerschaft wichtig war, dass das Areal in Basler Händen bleibt und dass die Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben können, boten sie das Areal direkt dem Kanton zum Kauf an. In anderen Fällen, z. B. beim Verkauf des Klybeck-Areals von Novartis und BASF, wird das Land an die Meistbietenden verkauft. Der Kanton kann zwar mithalten, kann und will aber nicht mithalten mit den gegenwärtigen spekulativen Preisen.

Weshalb ist es so wichtig, dass die öffentliche Hand eine aktive Bodenpolitik betreibt – also aktiv Land erwirbt und anschliessend entwickelt und bewirtschaftet? Neben den gemeinnützigen Bauträger-



Stefan Wittlin, Grossrat und Vizepräsident SP Basel-Stadt

schaften, also den Wohnbaugenossenschaften und anderen Eigentümerschaften, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, kann der Kanton als Grundeigentümer einen bedeutenden Beitrag leisten zu einer nachhaltigen Stadt- und Quartierentwicklung.

Kanton als nachhaltiger Bodeneigentümer

Durch den Kauf kann der Kanton den Boden der Spekulation entziehen. Eine allfällige Entwicklung und die Bewirtschaftung werden demokratischen Entscheidungsprozessen unterstellt. Derzeit sind nur knapp fünf Prozent aller Wohnliegenschaften im Kanton Basel-Stadt in öffentlichem Eigentum. Immerhin: Dass der Kanton eigenes Land nicht verkauft, ist seit der Annahme der Bodeninitiative im Jahr 2016 gesichert und seither als Grundsatz auch breit anerkannt.

Ein griffiges Instrument für eine aktive Bodenpolitik wäre ein Vorkaufsrecht, dessen Einführung aber bisher in den politischen Prozessen gescheitert ist. So lehnte die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat im Jahr 2020 sowohl einen Antrag der Bau- und Raumplanungskommis-

sion wie auch eine entsprechende Motion ab. Und auch andere Ideen haben im Grossen Rat einen schweren Stand. Der Antrag der SP-Fraktion, die Grundstücksgewinnsteuer bei einem Verkauf an den Kanton zu reduzieren, wurde jüngst abgelehnt. Damit hätte insbesondere beim Verkauf von Mehrfamilienhäusern ein wesentlicher Anreiz entstehen können, einen Verkauf an den Kanton zumindest eingehend zu prüfen.

Wohnraum muss langfristig bezahlbar bleiben

Die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt ein Kernanliegen der SP Basel-Stadt. Entscheidend ist dabei nicht nur, wem der Boden gehört, sondern auch die gesetzlichen Pflichten der Eigentümerschaften. Für die anstehenden Arealentwicklungen muss sichergestellt werden, dass ein signifikanter Teil des entstehenden Wohnraums gemeinnützig betrieben wird und dadurch langfristig bezahlbar bleibt. Dies können wir erreichen mit der Initiative «Basel baut Zukunft», über welche die baselstädtische Stimmbevölkerung bald befinden wird.

GEMEINDEWAHLEN 2022

Riehen blickt zurück



Es liegt ein intensiver Wahlkampf hinter uns. Es war ein Wahlkampf, welcher uns als SP Riehen gemeinsam vorwärtsgebracht hat. Um das zu ermöglichen, hat es viele verschiedene Standbeine gebraucht. Wir waren mit unserem Pizzamobil auf der Strasse, haben für die Menschen im Dorf Pizza gebacken und uns mit ihnen ausgetauscht. Es war kalt und der Motor des Pizzamobils geriet immer wieder ins Stocken, doch unsere solidarischen Helfer:innen meisterten alle Herausforderungen mit viel Einsatz und Leidenschaft für die Sache. Zusätzlich zum klassischen Strassenwahlkampf haben wir fleissig telefoniert. Während drei Wochen führten über 50 Helfer:innen um die 2000 Gespräche mit den Bewohner:innen Riehens. Wir haben den Menschen aufgezeigt, wie wichtig die Teilnahme an der Wahl ist und welche Werte die Sozialdemokratie vertritt.

Die Sozialdemokratie ist die stärkste Fraktion in Riehen

Es hat funktioniert. Alle unsere Gespräche auf der Strasse, am Telefon, am Neujahrsapéro, unsere Beiträge als Leser:innenbriefe, Socialmediaposts oder Postkarten und vieles andere mehr haben die Menschen an die Urne gebracht. Guido Vogel ist gewählt und im Einwohnerrat



Rafael Hunziker,
Campaigner SP Basel-Stadt

konnten wir zwei Sitze gewinnen. Mit unseren 10 Sitzen sind wir klar die stärkste Fraktion im Parlament. Das ist ein historischer Erfolg für die Sozialdemokratie in Riehen. Ein solcher wäre sicher nicht möglich gewesen ohne die grossartige Gruppendynamik unter allen Beteiligten. Die Parteiprominenz, Basismitglieder und natürlich unsere Kandidat:innen haben gemeinsam aufgezeigt, was als SP möglich ist. Wir kümmern uns um die Anliegen der Menschen und betreiben Wahlkampf für die Menschen. Kälte, Stress und Pannen können uns nicht daran hindern. Wir machen Politik für alle, nicht für wenige.

2. Wahlgang

Für die Wahl des Gemeindepräsidiums und den letzten Sitz im Gemeinderat benötigte es einen zweiten Wahlgang. Wir nochmals fleissig telefoniert und haben auf der Strasse Drinks gemischt, Flyer verteilt und mit den Menschen gesprochen. Dieser engagierte Wahlkampf hat dazu geführt, dass Riehen mit Christine Kaufmann (EVP) erstmals eine Gemeindepräsidentin erhält. Leider hat unsere Kandidatin Edibe Gögeli den Sprung in den Gemeinderat verpasst. Ihre erste Kampagne in Riehen war trotzdem ein grosser Erfolg.

Fazit zur Primateninitiative



Nino Russano,
Präsident
JUSO BS

Die JUSO Basel-Stadt hat die Abstimmungskampagne zur Primateninitiative stark unterstützt. Wir sind enttäuscht, dass die Initiative so wuchtig abgelehnt wurde. Die Frage, wie wir mit anderen Lebewesen umgehen und welche Rechte wir ihnen zusprechen, hat für uns einen hohen Stellenwert. Die Diskriminierung eines Lebewesens aufgrund seiner Artzugehörigkeit wird auch als «Speziesismus» bezeichnet. Die Primateninitiative hat diesen normativen Grundsatz, der tief in unserer Gesellschaft verankert ist, in Frage gestellt – und erfreulicherweise stand fast die gesamte politische Linke in unserem Kanton dahinter.

Durch eine Annahme der Initiative wäre der Kreis der Grundrechtsträger:innen bei zwei spezifischen Grundrechten auf nicht-menschliche Primaten erweitert worden. Die Stärkung von Grundrechten ist aus linker Sicht absolut massgebend. Die Initiative wurde von der Stimmbevölkerung zwar verworfen, aber dennoch wurde das berechtigte Anliegen der Initiative das erste Mal auf das politische Parkett gebracht – ein Grundstein für den weiteren Kampf für Tierrechte. Die Initiative hätte einen Paradigmenwechsel von Tiererschutz hin zu Tierrechten eingeleitet. Viele Errungenschaften, die wir heute als selbstverständlich ansehen, mussten mit mehreren Anläufen hart erkämpft werden. Wir müssen uns weiterhin für Antispeziesismus und Tierrechte einsetzen, die Primateninitiative war erst der Anfang in diesem Kampf!

Aus fünf Kernthemen wird eine Initiative

Die Themenpalette der SP ist breit, das Knowhow auf all diesen Gebieten ebenso. Mit dem neuen Initiativprojekt schärfen wir in fünf Kernthemen unsere Positionen und Forderungen, nach einem Voting im kommenden Herbst werden wir 2023 unsere nächste kantonale Initiative lancieren.

Ende Januar hat der Parteivorstand ein partizipatives Initiativprojekt verabschiedet und die zu bearbeitenden Themen definiert. Der Erarbeitungsprozess hat verschiedene Kernelemente:

Basisdemokratische Positionierung

Bei der Positionierung und Formulierung der Initiative sollen sich alle Mitglieder der SP Basel-Stadt einbringen können. Zu den fünf vom Parteivorstand definierten Themen wird je eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die konkrete Stossrichtung wurde dabei bewusst offen gelassen. Die Parteibasis soll diese entscheidend prägen, das Schwarmwissen wird abgeholt.

Generationen verbinden

Damit sowohl der reiche Erfahrungsschatz langjährig aktiver Mitglieder wie auch die neuen Ideen und Ansätze der neueren SP-Aktivist:innen einfließen, wird jede Arbeitsgruppe von einem Zweier-Team geleitet. Die Vielfalt unserer Parteibasis macht uns stark, wir wollen sie in ihrer ganzen Breite einbinden.

Sichtbarkeit in einer Aktionswoche

Nach der Erarbeitung der Ideen wird in einem öffentlichen Voting ermittelt, welche Initiative tatsächlich durch die SP Basel-Stadt lanciert wird. Die anderen Ideen und Ansätze werden wir auf anderer Ebene

in unserer weiteren politischen Arbeit weiterverfolgen können. Im Rahmen einer Aktionswoche werden wir die Forderung im ganzen Kanton sichtbar machen.

Die fünf Themen

Der Parteivorstand hat sich für folgende Themen entschieden:

1. aktive Bodenpolitik
2. Erbschaftssteuer
3. Aufwertung der Berufsausbildung
4. Gesundheitskosten
5. Direktabzug der Steuern

Wer sich einer Arbeitsgruppe anschliesen will, meldet sich beim Sekretariat (julia.baumgartner@sp-bs.ch). Die Mitarbeit ist für alle Mitglieder offen.

Wir freuen uns, wenn sich unsere Mitglieder möglichst zahlreich einbringen, und freuen uns auf dieses gemeinsame Projekt.

Lisa Mathys, Jessica Brandenburger,
Stefan Wittlin, Marcel Colomb

PAROLEN DER SP BASEL-STADT ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 15. MAI 2022

National

JA zum Transplantationsgesetz

JA zum Filmgesetz

NEIN zum Frontex-Bundesbeschluss

Keine kantonale Vorlagen



DIE SP BASEL-STADT TRAUERT UM ANDREAS HEIERLI

Andreas Heierli, seit Jahrzehnten Mitglied der SP Basel-Stadt, vertrat unsere Partei u. a. im Grossen Rat und von 1984 bis 2016 als Zivilgerichtspräsident; viele Jahre gehörte er dem Parteivorstand an. Schon in den 70er-Jahren war er als Präsident der Basler Arbeitsgemeinschaft für Natur und Umwelt (BASNU) einer der ersten «Grünen» im Kanton. Der brillante Jurist engagierte sich mit Herzblut für zahlreiche soziale, links-grüne und rechtspolitische Anliegen. Die Werte der SP waren ihm Richtlinie auch in seiner beruflichen Tätigkeit am Gericht. Bereits zu seiner Zeit als Gerichtsschreiber am Gewerblichen Schiedsgericht (Arbeitsgericht) prägte er eine fortschrittliche Rechtsprechung. Dank seiner Zusatzausbildung als Mediator gelang es ihm, besonders im Familienrecht kreative Lösungen zum Wohl aller Beteiligten zu finden.

Andreas Heierli verstarb am 22. März 2022 mit 78 Jahren nach längerer Krankheit. Wir verlieren mit ihm einen feinsinnigen, kulturell vielseitig interessierten Menschen mit offenem Geist und grossem Herzen. Seiner Frau Zsuzsa Füzesi Heierli und seiner Familie gilt unser ganzes Mitgefühl.

Christine Keller

AGENDA SP BS

- **Donnerstag, 21. April 2022, 20 Uhr**
Offene Vorstandssitzung
Café Hammer, Hammerstrasse 133,
4057 Basel
- **Sonntag, 1. Mai, 9 bis 17 Uhr**
Tag der Arbeit
Weitere Infos folgen
- **Dienstag, 3. Mai 2022, 17 Uhr**
Bildungsabend zum Thema Gender
Infos folgen
- **Donnerstag, 12. Mai 2022, 17 Uhr**
Bildungsabend zum Thema Gender
Infos folgen
- **Sonntag, 15. Mai 2022, 16.45 Uhr**
Wahl- und Abstimmungssonntag
- **Samstag, 21. Mai 2022, 9 Uhr**
Gemeinsame Fraktionsretraite BS und BL
Infos folgen

Nein zur geplanten Vermögenssteuerreform im Kanton Baselland



Das schweizerische Steuersystem ist historisch gewachsen und weist eine föderalistische Struktur auf. Jeder Kanton besteuert Vermögen, Einkommen, Erbschaften, Kapital- und Grundstückgewinne unterschiedlich. Gemeinden sind befugt, kommunale Steuern zu beschliessen.

Die Einnahmen des Bundes stammen in erster Linie aus der Mehrwertsteuer, aus Stempelabgaben, Zöllen und anderen Verbrauchssteuern (Tabaksteuer/Automobilsteuer); er belastet zudem das Einkommen von uns allen (gemäss Schweizerischer Steuerkonferenz, «das Schweizerische Steuersystem», Ausgabe 2021).

Wie viele Arten von Steuern gibt es in der Schweiz?

Dass es so einige sind, zeigen uns die Bemühungen der Bürgerlichen, Steuern, welche vor allem die Vermögenden oder Grossfirmen betreffen, abzuschaffen. Dadurch sind der Staatskasse in den letzten 20 Jahren Milliarden an Steuergeldern entgangen.

Eine löbliche Ausnahme ist die Steuerreform im Kanton Baselland 2006, durch welche tiefe und mittlere Einkommen entlastet worden sind. Aber seit dem Jahr 2000 sind auch hier mehr als 16 Reformen durchge-

führt worden, die jährliche Mindereinnahmen von insgesamt 180 Millionen Franken für den Kanton und 65 Millionen für die Gemeinden verursacht haben. Darin sind die jüngsten Reformen wie die SV 17 und die geplante Vermögenssteuerreform noch nicht einmal einberechnet (siehe Dokumentation der SP BL zur Baselbieter Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte).

Weiter Steuergeschenke auf Kosten der Allgemeinheit?

Das Vermögen der Reichen in der Schweiz steigt kontinuierlich an. Parallel dazu steigen die Ausgaben und Aufgaben, welche der Staat zu übernehmen hat. Dennoch glaubt der Baselbieter Regierungsrat, dass er die Vermögenssteuern reformieren müsse. Bisher ist er uns Beweise, dass «konkurrenzfähige» Vermögenssteuern ein Abwandern von Reichen verhindern, schuldig geblieben. Wie so oft handelt es sich um eine Annahme,

die als Tatsache dargestellt wird. Ängste vor Steuerausfällen, sollten eben jene Reichen wegziehen, sind nachvollziehbar. Es besteht eine gewisse Abhängigkeit, da diese einen Grossteil der kantonalen Vermögenssteuern bezahlen. Ich bin jedoch überzeugt, dass für die Wahl des Wohnortes die Höhe der Steuern untergeordnete Bedeutung hat. Die Vorteile unseres Kantons liegen auf der Hand: kurze Wege, wichtiger Wirtschaftsraum, hervorragende Bildungsinstitutionen und Gesundheitsversorgung sowie die Internationalität durch die Grenzregion. Die «Erpressung», indem gedroht wird, dass Reiche abwandern, wenn die Steuern für sie nicht gesenkt würden, erachte ich als ethisch problematisch.

Die SP Schweiz hat sich erfolgreich gegen die Abschaffung der Emissionsabgaben gewehrt, die Verrechnungssteuer-Vorlage wird folgen. Im Kanton Baselland wehren wir uns gegen die vorliegende Vermögenssteuerreform. Wir akzeptieren die Abschaffung der speziellen Steuerwerte auf Wertschriften, sie muss jedoch ertragsneutral erfolgen.

SP verlangt Transparenz

Wir haben im Landrat ein «Steuerpäckli» mit verschiedenen Interpellationen und einem Postulat eingereicht. Wir möchten, dass uns der Regierungsrat darlegt, unter welchen finanziellen Einbussen Kanton und Gemeinden durch die verschiedenen Reformen leiden, welche bereits stattgefunden haben oder geplant sind. Ausserdem wünschen wir eine Korrektur der Steuervergleiche. Wenn alle Daten einbezogen würden, dürften sich die Unterschiede zwischen den Kantonen angleichen. Des Weiteren verlangen wir eine Übersicht über die Höhe der Steuereinnahmen auf Quartiere heruntergebrochen: Wir gehen davon aus, dass dichtbesiedelte Gebiete von Bewohner:innen mit durchschnittlichem Einkommen pro Fläche einen höheren Steuerertrag generieren als Villenviertel. Zudem reichen wir in verschiedenen Gemeinden eine Interpellation ein, um die absehbaren kommunalen finanziellen Schwierigkeiten aufzuzeigen, die die geplante Vermögenssteuerreform mit sich bringen würde.

Die SP wehrt sich gegen den unsäglichen Steuerwettbewerb unter Gemeinden und Kantonen. Nur eine Steuereinbusse aufgrund einer Reform würden wir aktuell akzeptieren: die Einführung der Individualbesteuerung! Davon profitieren würde die ganze Gesellschaft.

Keine Kürzungen bei der Sozialhilfe!



Die Sozialhilfe ist das letzte finanzielle Netz, das uns auffängt, wenn alle anderen Stricke reissen. Dann, wenn wir den Job verlieren und über längere Zeit keinen mehr finden. Oder dann, wenn der tiefe Lohn nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren. Wir haben als Gesellschaft die Sozialhilfe geschaffen, damit niemand allein gelassen wird. So steht es auch ganz am Anfang in der Bundesverfassung: «..., dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen». Die allermeisten von uns brauchen diese Unterstützung im Laufe ihres Lebens nicht. Für jene allerdings, die sie benötigen, sichert die Sozialhilfe die Existenz.

Die sozialen Institutionen sind seit Jahrzehnten von rechts aussen unter Druck. Die SVP verunglimpft alle, welche Leistungen in Anspruch nehmen müssen, als potenziell «faul» oder «arbeitsunwillig». Dieses Bild ist widerlegt: Die allermeisten Sozialhilfebeziehenden wollen arbeiten. Viele stehen sogar im Erwerbsleben, nur reicht der Lohn nicht aus.

Nein zur Kürzung des Grundbedarfs – Das neue Gesetz will Menschen, welche länger als zwei Jahre auf die Unterstützung der Sozial-

hilfe angewiesen sind, pauschal 40 Franken wegnehmen – obwohl der Grundbedarf bereits heute zu tief angesetzt ist. Diese Kürzung muss dann zum Beispiel bei den Nahrungsmitteln eingespart werden. Dieser «Langzeitabzug» trifft Menschen, die nach zwei Jahren keine Arbeit gefunden haben und deren Chancen fortlaufend schlechter werden!

Nein zur sanktionierenden Sozialhilfe – Wenn jemand die Arbeitsstelle verliert und auf dem Arbeitsmarkt keine neue gefunden wird, ist diese Person auf Unterstützung und Solidarität angewiesen. «Zuckerbrot und Peitsche» leisten dazu keinen Beitrag.

Nein zur Stigmatisierung von Armut! – Armut ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, das wir angehen müssen, zum Beispiel mit existenzsichernden Mindestlöhnen. Wer Menschen in der Sozialhilfe mit Abzügen bestraft, trägt dazu bei, dass Armut weiter stigmatisiert wird.

Das neue Gesetz bestraft die Armutsbetroffenen und befeuert ein gesellschaftliches Klima, in dem nach unten getreten wird. Dagegen stellen wir uns. Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Deshalb sagen wir am 15. Mai Nein zum Sozialhilfegesetz!

Adil Koller, Landrat

SCHREIBSTUBEN GEGEN SOZIALHILFEABBAU

Um möglichst viele Menschen für die Abstimmung über die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes zu mobilisieren, werden wir Ende April an unterschiedlichen Anlässen im ganzen Kanton Postkarten an unsere Freund:innen und Bekannten schicken und sie ans Abstimmen erinnern. Hilfst du mit? Dann kannst du dich auf sp-bl.ch/veranstaltungen/schreibstuben oder mit diesem QR-Code für die Schreibstuben anmelden.



PAROLEN DER SP BASELSTADT ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 15. MAI 2022

Kantonal

Nein zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes

Ja zur Änderung der Kantonsverfassung – Bestimmungen über die Ombudsperson

National

Ja zum Transplantationsgesetz

Ja zum Filmgesetz

Nein zum Frontex-Bundesbeschluss

UNGLEICHHEIT BILDUNGSWEEKEND VOM 13. – 15. MAI 2022 IN LANGENBRUCK

Vierzig Jahre Neoliberalismus haben die Kluft zwischen einer kleinen Gruppe Privilegierter und der Bevölkerungsmehrheit wesentlich vergrössert. Am Bildungsweekend der SP Baselland steht deshalb während drei Tagen das Thema «Ungleichheit» im Zentrum. Fachleute aus unserer Partei oder deren Umfeld stellen verschiedene Formen von Ungleichheit konkret dar.

Nach einer allgemeinen Übersicht durch den Ökonomen Hans Baumann befassen sich unsere Regierungsrätin Kathrin Schweizer mit der Armut im Kanton, der Rechtsanwältin Stephan Bernard mit rechtlichen Diskriminierungen, die Gleichstellungsbeauftragte des Schweizerischen Nationalfonds Simona Isler mit der Gleichheit von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung und der Soziologe Holger Schatz mit dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit und effektive Chancengleichheit. Ergänzt werden diese Ausführungen durch Berichte von Personen, die direkt von Armut und Diskriminierung betroffen sind. Dies vor dem Hintergrund, dass ohnehin die Mehrheit der Menschen sowie die Natur als Ganzes zu den Verlierern im Neoliberalismus gehören.

In einer abschliessenden Podiumsdiskussion diskutieren Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SPS, Domenico Sposato, Geschäftsleiter Caritas beider Basel, und Andreas Rieger, ehemaliger Präsident UNIA gemeinsam mit allen Anwesenden über die Kernfrage, wie angesichts der umfassenden Ungleichheit eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik aussehen soll.

Viktor Moser, AG Bildungsweekend

AGENDA SP BL

- Donnerstag, 21. April bis Samstag, 30. April
Schreibstuben zur Abstimmung SHG
- Freitag, 13. Mai bis Sonntag, 15. Mai
Bildungsweekend
Chinderhus in Langenbruck
- Sonntag, 15. Mai
Abstimmungssonntag
- Samstag, 21. Mai
March against Bayer & Syngenta
- Mittwoch, 15. Juni
Delegiertenversammlung
Weitere Infos folgen
- Samstag, 25. Mai
Sommerfest
Sekundarschule Frenkendorf

Verabschiedungen



Liebe Mirjam

Nach über 14 Jahren Tätigkeit im Landrat bist du per Ende Februar aus dem Kantonsparlament zurückgetreten, um dich zukünftig auf deine Tätigkeit als Gemeinderätin von Frenkendorf und Geschäftsführerin des Vereins z'RächtCho NWCH zu konzentrieren. Als promovierte Biologin und ehemalige Präsidentin von Pro Natura Baselland hast du dich mit Umweltthemen auseinandergesetzt und dabei beispielsweise die kantonale Neophyten-Strategie massgeblich gestaltet. Dein landrätliches Engagement hat sich aber nicht auf den Umweltbereich beschränkt. Als ehemalige Präsidentin und langjähriges Mitglied der kantonalen Finanz- und der interkantonalen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel hast du deine Vielseitigkeit ebenso unter Beweis gestellt wie zunehmend auch in der Asyl- und Integrationspolitik.

Und der respektvolle Umgang mit Menschen hat dich auch bei deiner Arbeit im Kantonsparlament ausgezeichnet. Zentrales Element dabei war für dich der informelle Austausch im Foyer des Landratsaals über die Parteigrenzen hinaus. Mit deiner offenen Art und dem feinen Gespür fürs Zwischenmenschliche hast du auch die Fraktion geprägt, unter anderem durch die Mitarbeit im Fraktionsvorstand. Umso mehr hast du unter den Einschränkungen der letzten beiden Jahre gelitten.

Wir danken dir ganz herzlich für deinen Einsatz für ein solidarisches, ökologisches und fortschrittliches Baselbiet und wünschen dir auf deinem weiteren Weg alles Gute. Du bleibst der SP ja glücklicherweise auch als Mandatsträgerin weiterhin erhalten.

Roman Brunner, Fraktionspräsident SP BL



Danke, Thomas!

In diesem Jahr verabschieden wir Thomas Thurnherr aus der Geschäftsleitung (GL) der SP Baselland. Er hat nach sechs Jahren in der GL seinen Rücktritt auf die Geschäftsdelegiertenversammlung hin eingereicht.

Wir danken Thomas für seine wertvolle Arbeit. Wer Thomas kennt, weiss, dass er ein durchwegs kritischer Geist ist. Und diese Haltung brachte er auch in der GL ein. Seine oft hinterfragenden Statements, vielmals gewürzt mit einer Prise Humor, haben uns in unserer Positionsfindung immer weitergebracht.

Nebst seinem Einsitz in der GL hat Thomas 2019 auch in der Wahlkampfleitung mitgewirkt und so mit seinem grossen Einsatz seinen Teil zum historischen Wahlsieg beigetragen. Und: Thomas war mit seiner stets solidarischen Art unsere Konstante beim Präsidiumswechsel. Dass er nun seinen Rücktritt eingereicht hat, bedauern, aber verstehen wir. Wir wünschen Thomas auf seinem weiteren beruflichen, privaten und politischen Weg alles Gute und bedanken uns für seine riesigen Einsatz.

Miriam Locher, Präsidentin SP BL



Lieber Rico

Nach 46 (!) Jahren legst du dein Amt als Kassier der SP Baselland nieder und gibst es an eine neue Kraft weiter. 1976 bist du gewählt worden – da hatte ich gerade die Matur frisch im Sack. Heiner Ott, Präsident der SP BL von 1975–1980 und Theologe, hatte dich angefragt. Daraus ist rückblickend, eigentlich wenig überraschend, ein Engagement fast für die Ewigkeit geworden. 1972 bist du 26-jährig der SP beigetreten. Der erfolgreiche Kampf gegen das AKW Kaiseraugst hat dich wie viele andere in der Region politisiert.

Neben deinem 100 %-Pensum als augenärztlicher Instrumentenoptiker und Familienvater lagen keine weiteren Einsätze für die SP drin. Das Amt hat dir fast immer Freude gemacht. Und wenn es Probleme gab, hast du immer nach Lösungen gesucht und diese auch gefunden. Angefangen hast du noch mit Karteikarten und viel Handarbeit. Heute liegt eine vollständig digitalisierte Kassenführung vor.

Während meiner Präsidialzeit von 2008–2013 hatten wir intensiver miteinander Kontakt. Ich habe dich immer als sehr gewissenhaft, vertrauenswürdig, engagiert und humorvoll erlebt. Ich habe mir nie Sorgen um die Parteifinzen machen müssen. Ich habe mich total auf dich verlassen können!

Lieber Rico: Im Namen der SP Baselland danke ich dir von Herzen für deine unendlich grosse Arbeit, die du in den vergangenen 46 Jahren für unsere Partei geleistet hast! Ich wünsche dir alles Gute, viel Vergnügen bei deinen Hobbys Fotografieren und Velofahren, die sich bekanntlich bestens miteinander verbinden lassen, und vor allem gute Gesundheit!

Martin Rüegg, Parteipräsident SP BL 2008–2013

AUS DEM LANDRAT

Bildung für alle! – Hochschulzugang für Geflüchtete möglich machen

Bildung für alle, dieses Thema hat durch die jüngsten Ereignisse in der Ukraine eine traurige Tagesaktualität erlangt. Bildung ist gemäss dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den die Schweiz 1992 ratifiziert hat, ein Menschenrecht (UN Pakt I, Art. 13). Ein grosser Teil der seit 2015 geflüchteten Menschen kommen aus Herkunftsländern, die ein weit entwickeltes tertiäres Bildungssystem aufweisen. Dementsprechend hoch sind auch die Zahlen der Geflüchteten, die für eine Weiterführung ihrer akademischen Ausbildung qualifiziert sind. Aber nicht zuletzt für Studierende auf der Flucht gibt es viele, meist unüberwindbare Hürden beim Zugang zu universitä-

rer Bildung. Dabei spielen nicht nur finanzielle Gründe eine Rolle. Auch mangelnde Anerkennung ausländischer Studienleistungen, Sprachbarrieren und fluchtspezifische Gründe erschweren den Hochschulzugang massiv. Generell lässt sich sagen, dass die Integration von geflüchteten Menschen in Bildung, Ausbildung und Beruf mehr als ungenügend ist und dringend eminenter Verbesserungen bedarf: Der Bildungszugang muss vereinfacht, Barrieren müssen beseitigt werden.

Anfangs dieses Jahres wurden in verschiedenen Kantonen, so auch in den beiden Basel, Vorstösse eingereicht, die den Hochschulzugang für geflüchtete Menschen ermöglichen wollen. Es sollte selbstverständlich



Miriam Locher, Parteipräsidentin und Landrätin

sein, dass in unserer Gesellschaft der Zugang zu Bildung entsprechend den Fähigkeiten und Neigungen für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und Aufenthaltsstatus, möglich ist. Bildung ist ein Grundrecht und muss unentgeltlich zugänglich sein. Gleichzeitig wurde auch in Bern eine Petition mit entsprechenden Forderungen eingereicht. Eine Diversitäts- und Qualitätskultur zu pflegen, sollte einerseits an allen Hochschulen an der Tagesordnung sein, andererseits muss sie eben auch gelebt und umgesetzt werden. Es ist jetzt an den Kantonen, zu prüfen, wie die Zugangshürden gesenkt und somit das Recht auf Bildung gewährleistet werden kann.

AUS DEM GROSSEN RAT

Fortschritte bei der integrierten Gesundheit

In den letzten Wochen und Monaten haben uns die Pandemie und ihre Folgen in der Gesundheits- und Sozialkommission GSK, aber auch im Grossen Rat ununterbrochen beschäftigt. Die Herausforderungen für die Gesundheitsinstitutionen sind vielfältig und das wird auch so bleiben, selbst wenn wir die Corona-Pandemie einmal überstanden haben.

Kostendämpfende Wirkung

Durch den Ansatz der integrierten Gesundheitsversorgung sollen die verschiedenen Gesundheitsinstitutionen besser vernetzt und koordiniert werden, damit wir Qualität und Effizienz der Versorgung verbessern können. Der Ansatz der integrierten Versorgung verspricht damit nicht nur eine bessere Gesundheitsversor-

gung für die Patient:innen, sondern soll sich auch positiv auf die stetig steigenden Gesundheitskosten auswirken. Denn die immer weiter steigenden Krankenkassenprämien stellen eine mehr und mehr untragbare finanzielle Belastung für die Bevölkerung dar. Mit der integrierten Versorgung erhalten Patient:innen im besten Fall eine aktivere Rolle in ihrer Gesundheitsversorgung, indem sie stärker in die Behandlungsentscheidungen einbezogen werden. Auch ihre gesundheitlichen Vertrauenspersonen, wie Ärzt:innen, Apotheker:innen oder die Spitex können koordiniert beigezogen werden. Zudem kann auch die Qualität der Behandlungen durch eine vernetzte Arbeitsweise der verschiedenen Leistungserbringenden gestärkt werden.



Melanie Eberhard, Grossrätin SP Basel-Stadt

In Basel-Stadt soll der integrierte Ansatz mit drei Pilotprojekten in unterschiedlichen Bereichen verfolgt werden. Wir haben uns als GSK mit den Projekten in der Psychiatrie- und der Altenpflege vertieft auseinandergesetzt und schlagen dem Grossen Rat nun deren Unterstützung vor. Gerade im psychiatrischen Bereich gibt es jedoch aktuell eine Versorgungslücke bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die dringend angegangen werden muss. Die Pilotprojekte begegnen nur einem Teil der Herausforderungen und dürfen nicht verdecken, dass die Gesundheitsversorgung weiterhin verbessert werden muss. Als SP werden wir uns in der ganzen Schweiz weiterhin dafür einsetzen.